

## Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung .....	1
I. Generelles Verhältnis von Kollisionsrechts- und Seerechtswissenschaft .....	1
1. Verhältnis der Kollisionsrechtswissenschaft zum Seerecht ...	1
2. Verhältnis der Seerechtswissenschaft und -praxis zum IPR ...	1
II. Spezifische Interessenkonflikte im IPR der seerechtlichen Verträge .....	3
1. IPR der seerechtlichen Verträge und Einfluß der sachrechtlichen Bewertung der Stärke der Vertragspartner .....	3
2. IPR der seerechtlichen Verträge und internationale Rechtsvereinheitlichung .....	3
a. Staatliche Durchsetzungsinteressen aufgrund völkerrechtlicher Verpflichtungen .....	3
b. IPR als Gegenstand der Rechtsvereinheitlichung .....	4
III. Gang der Darstellung .....	5

### Teil I: IPR der Güterbeförderungs- und Charterverträge

§ 2 Gesetzliches Anknüpfungssystem .....	8
I. Gesetzliches Anknüpfungssystem im Überblick .....	8
II. Anknüpfungsmodell des Art. 28 IV 1 EGBGB .....	9
1. Kombinierte Anknüpfung mit Voraussetzungskumulation ..	9
2. Ansätze zur Rechtfertigung der Voraussetzungskumulation ..	10
a. Mangelnde faktische Verbundenheit der Reedereiniederlassung mit dem eigentlichen Gütertransport? .....	10
aa. Ausgrenzung der Anknüpfung an Reedereiniederlassungen in Billigflaggenländern .....	10
bb. Fehlende Rechtfertigung dieser Ausgrenzung durch die tatsächlichen Verhältnisse .....	12
(1) Mutterreederei als operating company .....	12
(2) Andere Konzerngesellschaft als operating company .....	12
(3) Statistische Minderzahl der Fälle von Bereederung durch eine Reederei mit Sitz in einem Billigflaggenstaat .....	12
(4) cross trade unter einer Nicht-Billigflagge .....	13

cc. Geltung des Art. 28 IV EGBGB für alle Güterbeförderungsverträge . . . . .	15
dd. Notwendigkeit der Korrektur einer speziellen, keiner generellen Funktionsverfehlung . . . . .	16
b. Art. 4 IV EVÜ als Kompromiß zwischen dem Konzept der charakteristischen Leistung und altrechtlichen IPR-Traditionen der EVÜ-Mitgliedstaaten? . . . . .	17
c. Quasi-aktionenrechtlicher Ansatz . . . . .	17
d. Fazit . . . . .	18
III. Sachliche Abgrenzung zwischen Art. 28 IV EGBGB und Art. 28 II EGBGB . . . . .	18
1. Begriffstypologische Abgrenzung zwischen Güterbeförderungsverträgen einerseits und Schiffsraumüberlassungsverträgen andererseits . . . . .	18
2. Einfluß der scharfen Trennung des französischen Rechts zwischen <i>contrat de transport maritime</i> und <i>contrat d'affrètement</i> ? . . . . .	19
3. Kriterium der Übernahme des kommerziellen Risikos durch den Befrachter . . . . .	20
4. Regelmäßig fehlende Bestimmbarkeit von Ausgangs- und Bestimmungshafen bei Schiffsraumüberlassungsverträgen . . . . .	21
IV. Anknüpfung über Art. 28 I EGBGB bei Fehlen einer der Voraussetzungen des Art. 28 IV EGBGB . . . . .	21
1. Kein Rückgriff auf Art. 28 II EGBGB . . . . .	21
2. Argumente gegen einen Rückgriff auf Art. 28 II EGBGB . . . . .	22
a. Sinnwidrigkeit des Ergebnisses in Ansehung des Art. 28 IV EGBGB . . . . .	22
b. Ausdrücklicher Ausschluß in Art. 4 IV 1 EVÜ . . . . .	22
c. Art. 28 IV EGBGB als systematischer Unterfall des Art. 28 I EGBGB, nicht des Art. 28 II EGBGB . . . . .	23
V. Seegüterbeförderungen als Teilstrecken einer kombinierten Beförderung . . . . .	23
1. Maßgeblichkeit des Anfangs- resp. Endpunktes der Gesamtbeförderung . . . . .	23
2. Selbständige Anknüpfung eigenständiger Unterfrachtverträge . . . . .	24
a. Konstellationen der Einschaltung von Unterfrachtführern . . . . .	24
b. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	24
VI. Anknüpfung der Form (Art. 11 EGBGB) . . . . .	24
1. Motive für die Alternativanknüpfung an <i>lex causae</i> und <i>lex loci actus</i> . . . . .	25
2. Vornahmeort des Vertrages . . . . .	25
a. Vertragsschluß unter Anwesenden . . . . .	25

b. Distanzabschluß . . . . .	25
c. Vornahmeort beim Vertretergeschäft . . . . .	26
§ 3 Rechtswahl bei Güterbeförderungsverträgen . . . . .	27
I. Ausdrückliche Rechtswahl (Art. 27 I 1 EGBGB) . . . . .	27
1. Generelle Parameter bei der Auswahl des zu wählenden Rechts . . . . .	27
2. Ausdruck der Rechtswahl . . . . .	28
3. Beurteilung von Zustandekommen und Wirksamkeit der Rechtswahl . . . . .	29
a. Grundsätzliches . . . . .	29
b. Bereich des Zustandekommens und der Wirksamkeit der Rechtswahl . . . . .	30
aa. Bereich des Zustandekommens . . . . .	30
bb. Bereich der Wirksamkeit in Art. 31 I EGBGB . . . . .	31
cc. Kumulative Sonderanknüpfung nach Art. 27 IV iVm Art. 31 II EGBGB . . . . .	31
(1) Allgemeines . . . . .	31
(2) Keine Anwendung des Art. 31 II EGBGB im Seefrachtverkehr . . . . .	32
II. Konkludente Rechtswahl (Art. 27 I 2 EGBGB) . . . . .	33
1. Konkludente Rechtswahl durch Vereinbarung eines be- stimmten Gerichtsstandes . . . . .	33
2. Konkludente Rechtswahl durch Prozeßverhalten . . . . .	35
3. Konkludente Rechtswahl durch Vereinbarung eines qualifi- ziert lokalisierten Schiedsgerichts . . . . .	36
a. Grundsatz . . . . .	36
b. Exkurs: Anknüpfung von Schiedsverträgen . . . . .	37
aa. Zustandekommen und materielle Wirksamkeit . . . . .	37
bb. Form . . . . .	38
(1) Art. 2 II UNÜ . . . . .	38
(2) Art. 1 II lit. a EÜ . . . . .	40
(3) Autonomes deutsches IPR . . . . .	41
III. Bezugnahme auf das Konnossement im Frachtvertrag . . . . .	42
1. Konstruktion bei Vertragsschluß per booking note . . . . .	42
2. Bedeutung der Inkorporation als Rechtswahl . . . . .	43
a. Ausdrückliche Rechtswahl bei Rechtswahlklausel im Konnossement . . . . .	44
b. Konkludente Rechtswahl bei Gerichtsstands- oder Schiedsklausel im Konnossement . . . . .	44
c. Wahl des Konnossementsstatuts als Frachtvertragsstatut bei objektiver Anknüpfung des Konnossementsstatuts . . . . .	45
IV. Zusammenfassung . . . . .	46

§ 4 Objektive Anknüpfung nach Art. 28 IV 1 EGBGB .....	47
I. Einleitung .....	47
II. Hauptniederlassung des Verfrachters (Beförderers) .....	47
1. Bestimmung des Verfrachters .....	47
a. Bestimmung des Verfrachters nach der Vertragsposition ..	47
b. Bestimmung des vertraglichen Verfrachters nach dem (potentiellen) Vertragsstatut .....	48
aa. Anwendung von Art. 31 I EGBGB infolge Quali- fikation als Frage des Zustandekommens des Vertra- ges .....	48
bb. Ausdrückliche Verfrachterangabe im Vertrag selbst ..	49
cc. Bedeutung der IoC-Klausel .....	50
dd. Gemeinschaftsunternehmen und joint services .....	50
2. Bestimmung der Hauptniederlassung .....	50
a. Begriff der Hauptniederlassung (principal place of busi- ness) .....	50
b. Hauptniederlassung des Beförderers im Fall der Delega- tion von Managementfunktionen an Dritte .....	51
aa. Denkbare Auflösungen des Anknüpfungsdilemmas ..	51
bb. Entscheidungsparameter .....	52
(1) Wirtschaftlicher Ansatz .....	52
(2) Vorteile der offenen Anknüpfung .....	52
(3) Durchgriff bei Anknüpfungspunkten .....	52
c. Gesellschaft ohne eigenes operatives Geschäftszentrum und general agent .....	53
aa. Vorliegen zweier getrennter juristischer Personen ...	54
bb. Zurechnungswertung aus den materiellrechtlichen Wirkungen der Stellvertretung .....	54
cc. Rudimentäre eigene Tätigkeit des nominellen car- riers .....	54
dd. Ergebnis .....	54
d. Hauptniederlassung des Beförderers und Prägung der wesentlichen Entscheidungen durch Dritte .....	55
e. Hauptniederlassung des Beförderers und Ausgliederung der schiffsbezogenen Managementfunktionen .....	55
III. Ausgangshafen (Verladeort) .....	56
IV. Bestimmungshafen (Entladeort) .....	57
1. Maßgeblichkeit des vertraglich vereinbarten Entladeortes ...	57
2. Entladeort und Seestrecke als Teilstrecke einer kombinier- ten Beförderung .....	57
3. Vertraglicher Bestimmungshafen und tatsächlicher Not- Löschhafen .....	57
4. Bestimmungshafen und optionale Vereinbarung .....	57
a. Bestimmungshafen nach Ausübung des Optionsrechts ...	58

b. Problemfall der Nichtausübung des Optionsrechts . . . . .	59
aa. Anwendung des Rechts des Heimathafens des Schiffes? . . . . .	60
bb. Lösung analog Art. 28 II 3 EGBGB . . . . .	60
5. Nachträgliche Änderung des Bestimmungshafens . . . . .	61
6. Teilladungen mit verschiedenen Bestimmungshäfen . . . . .	62
V. Begriff des „Absenders“ . . . . .	63
1. Problemstellung . . . . .	63
2. Stellung als Vertragspartei . . . . .	64
3. Zeitliche Kongruenz der zu kombinierenden Anknüpfungspunkte . . . . .	64
4. Kein Abstellen auf eine dem Verfrachter unbekannte Person . . . . .	65
5. Lokaler Anknüpfungspunkt bei privatem Befrachter . . . . .	65
VI. Ausnahmeklausel des Art. 28 V EGBGB . . . . .	65
VII. Zusammenfassung . . . . .	67
§ 5 Objektive Anknüpfung nach Art. 28 I EGBGB . . . . .	68
I. Verfrachterniederlassung und Konzept der charakteristischen Leistung im Rahmen des Art. 28 I EGBGB . . . . .	68
1. Wertigkeit des Konzepts der charakteristischen Leistung für Art. 28 I EGBGB . . . . .	68
a. Bedeutung des Art. 28 II EGBGB für Art. 28 I EGBGB . . . . .	68
b. Konzept der charakteristischen Leistung und Gesamtstruktur des Art. 4 EVÜ . . . . .	69
c. Konzept der charakteristischen Leistung und Art. 28 IV EGBGB . . . . .	70
II. Faktoren im Rahmen der Abwägung potentieller Anknüpfungspunkte . . . . .	71
1. Ausgangs- und Bestimmungshafen . . . . .	72
a. Divergenz zwischen vertraglich vorgesehenem und tatsächlichem Ausgangs- und Bestimmungshafen . . . . .	72
b. Generelle Bedeutung des Bestimmungshafens im Rahmen des Art. 28 I EGBGB . . . . .	73
aa. Gesetzessystematischer Fehler des Rückgriffs auf Art. 28 V EGBGB . . . . .	74
bb. Primäre Anknüpfung an den Bestimmungshafen als prinzipiell systemwidriges Relikt der Anknüpfung an den Erfüllungsort . . . . .	75
cc. Einfluß der Rechte des Empfängers aus dem Frachtvertrag . . . . .	77
dd. Gebot einheitlicher Auslegung (Art. 36 EGBGB) . . . . .	77
2. Sonstige stärkere Anknüpfungsfaktoren . . . . .	80
3. Faktoren mit geringem Anknüpfungsgewicht . . . . .	80

a. Nationalität des transportierenden Schiffes . . . . .	80
b. Ausstellungsort des Konnossements . . . . .	80
c. Abschlußort des Vertrages . . . . .	81
d. Währung der Geldzahlungsverpflichtung . . . . .	81
III. Konstellationen der Häufung sekundärer Anknüpfungspunkte . . . . .	81
1. Kabotage: Ausgangs- und Bestimmungshafen in ein und demselben Staat . . . . .	82
2. Ausgangshafen und Niederlassung des Befrachters in ein und demselben Staat . . . . .	82
3. Bestimmungshafen und Niederlassung des Befrachters in ein und demselben Staat . . . . .	83
IV. Akzessorische Anknüpfung an das Konnossementsstatut bei Fehlen eines eigenständigen Frachtvertrages neben dem Konnossement? . . . . .	84
V. Gesonderte Anknüpfung (dépeçage) der auf die Beladung bezogenen Vertragsteile? . . . . .	85
1. Zerreißen vertragsrechtlicher Funktionszusammenhänge . . . . .	86
2. Vorzugswürdiger Alternativweg der Substitution . . . . .	86
3. Eigenständige Anknüpfung eigenständiger Hilfsgeschäfte mit Dritten . . . . .	86
4. Dépeçage der Beziehungen zwischen Verfrachter und Dritt- ablander insgesamt? . . . . .	87
VI. Zusammenfassung . . . . .	87
§ 6 Anknüpfung der einzelnen Chartervertragstypen . . . . .	89
I. Time charter . . . . .	90
1. Typus und Konstruktion . . . . .	90
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	92
a. Ausdrückliche Rechtswahl . . . . .	92
aa. Ausdrückliche Wahl eines bestimmten Rechts . . . . .	92
bb. Alternative Rechtswahloptionen mit Auffangklausel . . . . .	92
cc. Wahl der <i>lex banderae</i> . . . . .	93
(1) Teilrechtswahl bei konsekutiver Substitution . . . . .	93
(2) Paralleler Einsatz von Schiffen unter mehreren Flaggen . . . . .	93
(3) Im Zeitpunkt des Vertragsschlusses unbekannte Flagge . . . . .	93
(4) Einseitige Substitution des vorgesehenen Schif- fes . . . . .	93
dd. Offene Rechtswahlklauseln . . . . .	94
b. Konkludente Rechtswahl durch Bezeichnung eines be- stimmten Schiedsortes . . . . .	94
c. Objektive Anknüpfung . . . . .	95
3. Time charter mit employment-Klausel . . . . .	96

4. Sonderform der time chartered trip charter .....	96
a. Typus und Konstruktion .....	96
b. Objektive Anknüpfung nach Art. 28 IV 1 EGBGB .....	97
5. Time charter von offshore supply vessels .....	97
II. Voyage charter .....	98
1. Typus und Konstruktion .....	98
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung .....	98
a. Rechtswahlkonstruktionen der standard forms .....	98
aa. Eindeutige Wahl des Rechts eines bestimmten Staates .....	99
bb. Ausdrückliche Wahl des Rechts des zu vereinbarenden Schiedsorts .....	99
cc. Alternative Rechtswahloptionen ohne Auffangklausel .....	100
dd. Alternative Rechtswahloptionen mit Auffangklausel ..	101
ee. Offene Rechtswahlklauseln .....	102
ff. Eindeutige Schiedsklauseln .....	102
gg. Alternative Schiedsklauseln .....	103
hh. Offene Schiedsklausel und Schiedsklausel zu Gunsten des Heimatlandes des jeweiligen Beklagten ....	103
ii. Eindeutige Teilrechtswahl durch Bezeichnung von Schiedsgerichten in zwei bestimmten Staaten .....	104
jj. Optionale Schiedsklauseln mit Trennung nach Lös- und Ladevorgängen .....	104
kk. Offene Schiedsklauseln .....	105
ll. Fehlen einer vorformulierten Rechtswahl- oder Schiedsvereinbarung .....	105
c. Objektive Anknüpfung .....	105
3. Space oder slot charter .....	106
4. Combined voyage charter .....	106
a. Typus und Konstruktion .....	106
b. Besonderheiten bei der objektiven Anknüpfung nach Art. 28 IV 1 EGBGB .....	106
aa. Hin- oder Rückreise in Ballast .....	107
bb. Kombination von Hin- und Rückreise zwischen zwei Häfen und voyage à rotation .....	107
5. Consecutive voyage charter .....	108
a. Typus und Konstruktion .....	108
b. Objektive Anknüpfung nach Art. 28 II EGBGB ? .....	108
aa. Gewichtung des möglichen Umkehrschlusses aus Art. 28 IV 1 Var.1 .....	108
bb. Consecutive voyage charter als kommerzielles Instrument des Charterers .....	108

cc. Fehlen von speziellen standard forms für consecutive voyage charters . . . . .	109
dd. Überwiegen der Gemeinsamkeiten von single voyage charters und consecutive voyage charters . . . . .	109
6. Uneigentliche Zeitcharter . . . . .	110
III. Contract of affreightment (Mengenvertrag) . . . . .	110
1. Typus und Konstruktion . . . . .	110
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	113
a. Rechtswahl . . . . .	113
b. Objektive Anknüpfung . . . . .	114
IV. Operating Agreements und Cross Charterparties (X C/Ps) . . . . .	114
1. Typus und Konstruktion . . . . .	114
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	116
V. Bare boat charter . . . . .	116
1. Typus und Konstruktion . . . . .	116
2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	118
a. Rechtswahlklauseln in den standard forms . . . . .	118
b. Objektive Anknüpfung nach Art. 28 II EGBGB und Bedeutung des Art. 28 V EGBGB . . . . .	119
3. Bare boat charter mit Ankaufs- resp. Andienungsrecht . . . . .	120
a. Typus und Konstruktion . . . . .	120
b. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	120
VI. Zusammenfassung . . . . .	121

## **Teil II: Internationales Konnossementprivatrecht**

§7 Elemente des Anknüpfungssystems . . . . .	124
I. Trennung von Seefrachtvertrag und Konnossement . . . . .	124
II. Generelle Anknüpfung des Konnossementsstatuts . . . . .	126
III. Sonderanknüpfung des deutschen zwingenden Konnossementsrechts über Art. 6 EGHGB . . . . .	127
§8 Bereichsausnahme des Art. 37 Nr. 1 EGBGB . . . . .	128
I. Sachlicher Umfang der Bereichsausnahme des Art. 37 Nr. 1 EGBGB im allgemeinen . . . . .	128
1. Verhältnis zwischen Art. 37 Nr. 1 EGBGB und Art. 1 II lit. c EVÜ . . . . .	128
2. Ausgrenzung von Rektakonnossementen und Seefrachtbriefen . . . . .	129
a. Ausgrenzung von Rektakonnossementen . . . . .	129
b. Ausgrenzung von Seefrachtbriefen . . . . .	130
c. Ausgrenzung des Verkehrs auf der Basis elektronischer Datensätze . . . . .	131



3. Qualifikation eines Wertpapiers als Inhaber- oder Orderpapier . . . . .	132
II. Sachlicher Umfang der Bereichsausnahme des Art. 37 Nr. 1 Var. 3 EGBGB für Order- und Inhaberkonnossemente im speziellen . . . . .	134
1. Ansprüche aus Konnossement und Seefrachtvertrag insgesamt? . . . . .	134
a. Spannungen aus Statutenspaltung? . . . . .	134
b. Harmonisierung mit weitem sachlichem Anwendungsbereich der Haager Regeln? . . . . .	135
c. Grammatikalische, systematische und historische Gegenargumente . . . . .	136
2. Spezifisch wertpapierrechtliche Fragen? . . . . .	136
3. Besserberechtigung späterer Konnossementsinhaber? . . . . .	137
4. Rechte des Drittinhabers? . . . . .	139
5. Indossierungswirkungen? . . . . .	139
6. Primär- und Sekundäransprüche aus dem Konnossement . . . . .	140
a. Argument aus dem französischen Wortlaut des Art. 1 II lit. c EVÜ . . . . .	140
b. Rekurs auf die Prinzipien des materiellen Wertpapierrechts . . . . .	141
c. Rechte gegen den Empfänger auf Grund des Konnossements? . . . . .	142
aa. Zahlungsverpflichtung des Empfängers als (privative) Übernahme einer Verpflichtung aus dem Frachtvertrag, nicht aus dem Konnossement . . . . .	142
bb. Zahlungsverpflichtung und Funktionen des Konnossements . . . . .	143
cc. Zurückbehaltungsrecht gegenüber dem Auslieferungsanspruch . . . . .	144
7. Ergebnis . . . . .	145
III. Primär- und Sekundäransprüche aus dem Konnossement . . . . .	146
1. Primäranspruch; Herausgabeanspruch . . . . .	146
2. Sekundäransprüche wegen Verletzung des Primäranspruchs . . . . .	146
3. Sekundäransprüche aus spezifisch wertpapierrechtlicher Haftung . . . . .	146
IV. Rechtspolitische Kritik an der rein negativen Aussage des Art. 37 Nr. 1 EGBGB . . . . .	147
§ 9 Anknüpfung des Konnossementsstatuts . . . . .	149
I. Grundsatz . . . . .	149
II. Rechtswahl . . . . .	149
1. Grundsatz . . . . .	149

2. Geltung der Rechtswahl gegenüber späteren Nehmern des Konnossements . . . . .	150
a. Rechtfertigung über ein „Informationsmodell“ . . . . .	151
b. Begründung über Grundsätze der Rechtsnachfolge . . . . .	152
c. Nachträgliche Rechtswahländerung und Wirkung gegenüber Dritten . . . . .	153
aa. Wirkung nach Maßgabe des Günstigkeitsprinzips im Verhältnis zu Inhabern vorher bestehender Rechtspositionen . . . . .	153
bb. Volle Wirkung gegenüber nachfolgenden Konnossementsinhabern . . . . .	154
3. Beurteilung der Rechtswahlklausel nach Artt. 27, 31 I, 32 EGBGB? . . . . .	154
4. Rechtswahlklausel im Konnossement und Lesbarkeitsregel des deutschen Rechts . . . . .	156
a. Ausfüllung von Treu und Glauben durch die Schiffspraxis . . . . .	156
b. Reduzierte Einbeziehungsvoraussetzungen im kaufmännischen Verkehr . . . . .	157
III. Besondere Probleme bei bestimmten Rechtswahlklauseln und -konstruktionen . . . . .	158
1. Rechtswahlklausel „law of carrier’s principal place of business“ und IoC-Klausel . . . . .	158
a. Problemstellung: der scheinbare gordische Knoten . . . . .	158
b. Lösung mit Hilfe des Rechtsgedankens des Art. 31 I EGBGB (des bootstrap principle) . . . . .	160
c. Beurteilung der Verfrachtereigenschaft nach nur einem Recht . . . . .	161
d. Probleme der Feststellung des geschäftlichen Schwerpunkts . . . . .	161
aa. Allgemeine Anlehnung an die zu Art. 28 IV 1 EGBGB entwickelten Maßstäbe . . . . .	161
bb. Auslegung von Konnossementsklauseln gegen den Verwender . . . . .	162
e. Rechtswahlklausel „carrier’s registered office“ . . . . .	163
2. Rechtswahlklauseln mit Option eines der Beteiligten (floating choice of law clauses) . . . . .	163
a. Konstruktion und Varianten . . . . .	163
b. Kollisionsrechtliche Bewertung . . . . .	165
c. Alternative, auf den Fall der Klagerhebung bezogene Rechtswahlklauseln . . . . .	167
3. Incorporation Clause und konkludente Rechtswahl . . . . .	167
a. Erster Fall: Explizite Rechtswahl in der charterparty . . . . .	168

b. Zweiter Fall: Konkludente Rechtswahl in der charter-party . . . . .	170
aa. Bezugnahme auf Schiedsklauseln der charterparty . . . . .	170
bb. Formerfordernisse des Art. 2 II UNÜ . . . . .	173
cc. Parteiwille bei fehlschlagender direkter Einbeziehung . . . . .	173
c. Dritter Fall: Objektiv bestimmtes Charterpartystatut . . . . .	174
d. Ergebnis . . . . .	174
IV. Objektive Anknüpfung des Konnossementsstatuts . . . . .	175
1. Anknüpfung an den Bestimmungshafen . . . . .	175
a. Formal-rechtstheoretische Rechtfertigung der Anknüpfung an den Bestimmungshafen . . . . .	176
aa. Rechtskontinuität als Interesse der beteiligten Verkehrskreise und als Grundlage für Rechtssicherheit . . . . .	176
bb. Formale Erfordernisse des Abweichens von Gewohnheitsrecht . . . . .	177
b. Sachlich-materielle Rechtfertigung der Anknüpfung an den Bestimmungshafen . . . . .	178
aa. Wille des deutschen Seehandelsgesetzgebers? . . . . .	179
bb. Kollisionsrechtlicher Gläubigerschutz durch besondere Erfüllungsortanknüpfung . . . . .	179
c. Ergebnis . . . . .	181
2. Festlegung des Bestimmungshafens . . . . .	181
a. Möglichkeit der Harmonisierung mit den Maßstäben des Art. 28 IV 1 EGBGB . . . . .	181
b. Maßgeblichkeit des vereinbarten, nicht des tatsächlichen Bestimmungshafens . . . . .	182
aa. Kontinuität und Unabhängigkeit von Zufällen . . . . .	182
bb. Mangelnde Rechtfertigung der Anwendung des Rechts des Nothafens . . . . .	183
c. Aktualisierter von mehreren optionalen Bestimmungshafen . . . . .	184
3. Partielle Anknüpfung an den Ausgangshafen? . . . . .	184
a. Umstände der Beladung . . . . .	184
b. Verpflichtung zur Ausstellung des Konnossements . . . . .	185
c. Auslegung des Konnossements . . . . .	185
V. Sonderanknüpfung von Normen des AGBG . . . . .	186
1. Sonderanknüpfung von Normen des AGBG über § 12 AGBG? . . . . .	186
2. Sonderanknüpfung von Normen des AGBG analog Art. 34 EGBGB? . . . . .	188
3. Sonderanknüpfung der §§ 3;4;5 AGBG kraft sachlich internationaler Geltung? . . . . .	189
VI. Anknüpfung von Formfragen . . . . .	190

1. Form der Ausstellung und Erstbegebung des Konnossements . . . . .	190
a. Anwendung der Art. 11 I–III EGBGB . . . . .	190
b. Keine Analogie zu Artt. 92 I; 93 II WG . . . . .	191
c. Bestimmung der <i>lex loci actus</i> . . . . .	191
2. Form einer Änderung des Konnossements . . . . .	191
3. Form einer Verfügung über das Konnossement . . . . .	192
VII. Zusammenfassung . . . . .	192
VIII. Annex I: Reversverträge . . . . .	193
1. Abladerrevers . . . . .	193
a. Funktion . . . . .	193
b. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	194
2. Empfängerrevers . . . . .	195
a. Funktion . . . . .	195
b. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	195
aa. Rechtswahl und Anlehnung an das Konnossementsstatut . . . . .	195
bb. Objektive Anknüpfung und Regreßcharakter . . . . .	196
IX. Annex II: Club Letters of Undertaking . . . . .	197
1. Funktion . . . . .	197
2. Einfluß einer Rechtswahl im Club Letter of Undertaking auf das Konnossementsstatut . . . . .	197
3. Kollisionsrechtliche Anknüpfung . . . . .	198
a. Rechtswahl . . . . .	198
b. Objektive Anknüpfung . . . . .	198
§ 10 Paramount Clauses . . . . .	199
I. Einleitung . . . . .	199
II. Rechtsprechung deutscher Gerichte zu Paramount Clauses . . . . .	200
1. Neueste Rechtsprechung des OLG Hamburg . . . . .	200
a. OLG Hamburg 2. 2. 1989, TranspR 1989, 279 . . . . .	200
b. OLG Hamburg 23. 3. 1989, TranspR 1990, 109 („Liberta“) . . . . .	202
2. Ansätze in der vorherigen deutschen Rechtsprechung . . . . .	204
a. Paramount Clauses als materiellrechtliche Verweisungen . . . . .	204
aa. Materiellrechtliche Verweisungen unter Ausschluß der Anwendungsnormen des in Bezug genommenen nationalen HR-Rechts . . . . .	204
bb. HR-Recht als Vertragsbestimmung . . . . .	205
b. Paramount Clauses als bedingte Teilverweisungen . . . . .	205
aa. Abstellen auf zwingenden Charakter für die Parteien . . . . .	205
bb. Beurteilung der zwingenden Anwendbarkeit nach dem gewählten allgemeinen Konnossementsstatut . . . . .	207

c. Paramount Clauses als unbedingte Teilverweisungen . . . .	207
d. Verhältnis von Paramount Clauses und abweichender Rechtswahl . . . . .	208
aa. Vorrang der Paramount Clause . . . . .	208
bb. Vorrang der späteren Rechtswahl . . . . .	209
III. Ausgewählte Rechtsprechung anderer europäischer Gerichte zu Paramount Clauses . . . . .	209
1. Paramount Clauses in der englischen Rechtsprechung . . . .	209
2. Paramount Clauses in der neueren italienischen Rechtspre- chung . . . . .	210
3. Paramount Clauses in der neueren niederländischen Recht- sprechung . . . . .	210
4. Paramount Clauses in der neueren französischen Rechtspre- chung . . . . .	211
IV. Analyse der kollisionsrechtlichen Funktion von Paramount Clauses . . . . .	212
1. Historischer und interessenmäßiger Ursprung der Para- mount Clauses . . . . .	212
a. Erfüllung der Insertionserfordernisse nationaler HR-Ge- setze . . . . .	212
b. Vereinbarung der Haager Regeln als Kompromiß zwi- schen den Interessen der Verfrachterseite und jenen der Konnossementsinhaberseite . . . . .	212
c. Verdeutlichung am Beispiel der Paramount Clauses des enactment-Typs . . . . .	213
d. Gemeinsamkeiten und Unterschiede der beiden Aus- gangsfaktoren . . . . .	214
2. Paramount Clauses zu Gunsten eines bestimmten nationa- len Gesetzes als kollisionsrechtliche Teilrechtswahl bei des- sen Anwendbarkeit . . . . .	214
a. Grundsatz . . . . .	214
b. Relikte der originären Paramount Clause-Technik: Zu unbestimmte Paramount Clauses . . . . .	216
c. Beurteilung der „compulsory applicability“ . . . . .	217
aa. Parteiautonome Bedingung der Rechtswahl . . . . .	217
bb. Beurteilung des Bedingungseintritts nach dem ange- zogenen Recht . . . . .	217
3. Paramount Clauses zu Gunsten eines bestimmten nationa- len Gesetzes außerhalb von dessen Anwendungsbereich als materiellrechtliche Verweisungen . . . . .	218
4. Materiellrechtliche Verweisung bei bloßer Inkorporations- klausel . . . . .	222
5. Paramount Clauses direkt zu Gunsten eines völkerrechtli- chen Übereinkommens . . . . .	223

a. Konventionsvergleichender Überblick . . . . .	224
aa. Paramount Clauses zu Gunsten internationaleinheits- rechtlicher Konventionen . . . . .	224
bb. Paramount Clause-Technik in einigen Transport- rechtsübereinkommen . . . . .	225
b. Völkerrechtliche Übereinkommen als eigene transnatio- nale Rechtsordnung ? . . . . .	227
aa. Notwendige Geltungsanordnung eines nationalen Rechts . . . . .	227
bb. Keine transnationale Rechtsordnung und kein rechtsordnungsloser Vertrag . . . . .	227
c. Paramount Clauses zu Gunsten internationaler Überein- kommen und ihre Behandlung nach den allgemeinen Grundsätzen der Parteiautonomie . . . . .	228
aa. Wahl des Übereinkommens unter Ausschluß seiner Anwendungsnorm . . . . .	228
bb. Materiellrechtliche Verweisung . . . . .	228
d. Veränderte Rolle von Paramount Clauses zu Gunsten der Visby Rules . . . . .	229
6. Paramount Clauses als Rechtswahl des Konnossementssta- tuts? . . . . .	230
V. Zusammenfassung . . . . .	231
§ 11 Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen . . . . .	232
I. Einleitung . . . . .	232
II. Anwendungsbereich des Art. 17 I EuGVÜ . . . . .	234
1. Zuständigkeitsordnung nur im Verhältnis der Mitgliedstaa- ten zueinander? . . . . .	236
2. Rückschluß aus Art. 17 I 3 EuGVÜ 1978? . . . . .	237
3. Rückschluß aus der Entstehungsgeschichte des Art. 12 Nr. 4 EuGVÜ 1978 . . . . .	237
4. Wortlaut des Art. 17 I 1 EuGVÜ selbst . . . . .	238
5. Ergebnis . . . . .	239
III. Gerichtsstandsklauseln im Konnossement unter Art. 17 I 2 EuGVÜ 1968 . . . . .	239
1. Die Entscheidung des EuGH vom 19. 6. 1984, Slg. 1984, 2417 („Tilly Russ“) . . . . .	240
2. Interessenlage und Ausschluß einer autonomen Inhaltskon- trolle . . . . .	241
a. Geltendmachung von Schäden durch die Empfänger, nicht durch die Exporteure . . . . .	241
b. Keine Gleichsetzung von „Befrachter“ und Exporteur . .	242
c. Art. 17 I EuGVÜ und ein Konzept der Inhaltskontrolle von Prorogationen . . . . .	242

3. Bestimmung der Person des konnossementsmäßigen Verfrachters .....	243
a. Notwendigkeit des Rückgriffs auf das nach dem IPR der lex fori anwendbare Recht .....	244
b. Parteistellung als Frage des Zustandekommens .....	246
4. Richtiges Verständnis des „Befrachters“ .....	247
5. Konstellationen der wirksamen Einbeziehung der Gerichtsstandsklausel .....	249
a. Unterschrift des ersten Konnossementsberechtigten auf dem Konnossement .....	249
b. Konnossement als schriftliche Bestätigung einer vorangegangenen mündlichen Abrede .....	251
c. Konnossementsausstellung im Rahmen laufender Geschäftsbeziehungen .....	252
6. Konsensprinzip und Stellung des Drittinhabers .....	253
7. Internationales Privatrecht der Rechtsnachfolge des Drittinhabers nach dem ersten Nehmer des Konnossements .....	253
a. Exkurs: Sachrechtliche Probleme der Rechtsnachfolge nach dem ersten Nehmer des Konnossements .....	256
b. Kollisionsrechtlicher Meinungsstand .....	259
c. Prozessuale Qualifikation mit automatischer Anwendung der lex fori? .....	260
d. Rückgriff auf lois d'application immédiate der lex fori? .....	261
e. Lex causae oder lex loci indossamenti? .....	261
aa. Anknüpfung der Rechtsnachfolge beim Inhaberkonnossement .....	262
bb. Parallele zum Internationalen Scheck- und Wechselrecht bei Orderkonnossementen? .....	264
cc. Vergleich mit der Anknüpfung des Verfügungsgeschäfts bei einer Forderungszession .....	265
dd. Einheitliches Abstellen auf den Verfügungsakt als Anknüpfungsgegenstand bei verschiedenen Übertragungsmodi .....	267
f. Bestimmung des locus indossamenti .....	268
g. Ergebnis .....	268
8. Inhaltliche Bestimmtheit der Klausel „carrier's principal place of business“ .....	268
a. IoC-Klausel und „carrier's principal place of business“ in der Gerichtsstandsklausel .....	270
b. Offenkundigkeitsmaßstäbe .....	271
9. Widerleglichkeit der Vermutung des Art. 17 I 1 EuGVÜ ...	271
IV. Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen unter Art. 17 I 2 Var. 3 EuGVÜ 1978 .....	272
1. Einführung des Art. 17 I 2 Var. 3 EuGVÜ 1978 .....	272

2. Begriff des Handelsbrauchs in Art. 17 I 2 Var. 3 EuGVÜ 1978 .....	273
3. Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen im Verhältnis zwischen Verfrachter und erstem Konnossementsberechtigten unter Art. 17 I 2 Var. 3 EuGVÜ 1978 .....	274
4. Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen im Verhältnis zwischen Verfrachter und Drittinhabern unter Art. 17 I 2 Var. 3 EuGVÜ 1978 .....	276
a. Systematische Gleichwertigkeit aller drei Varianten des Art. 17 I 2 EuGVÜ 1978 .....	277
b. Beschränkung auf Konsensprobleme im Verhältnis der ursprünglichen Partner eines Vertragsverhältnisses in der Entstehungsgeschichte .....	278
c. Grundsätze der „Tilly Russ“-Entscheidung und Sachgerechtigkeit der Lösung über den Rechtsnachfolgeansatz ..	279
V. Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen unter Art. 17 I 2 LuganoÜbk. ....	280
1. Veränderungen im Text des Art. 17 I 2 LuganoÜbk. ....	281
2. Aussagekraft der Entstehungsgeschichte des Art. 17 I 2 LuganoÜbk. für Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen ..	282
a. Entstehungsgeschichte des Art. 17 I 2 LuganoÜbk. im allgemeinen .....	282
b. Allgemeine Restriktion und spezielle Liberalität im EFTA-Vorschlag .....	283
c. Keine spezifisch auf Konnossemente bezogene Änderung gegenüber Art. 17 I 2 EuGVÜ 1978 im Wortlaut ..	283
3. Auslegung des Art. 17 I 2 lit. c LuganoÜbk. mit Hilfe des Art. 9 II CISG .....	284
a. Bindung des Drittinhabers über Rechtsnachfolgegrundsätze .....	284
b. Handelsbrauch unter Beachtung der Maßstäbe des Art. 9 II CISG .....	284
VI. Verhältnis zwischen Art. 17 EuGVÜ und den Haager resp. Visby-Regeln .....	285
1. Grundsätzlicher Ausschluß von Prorogationsbeschränkungen des autonomen nationalen Rechts durch Art. 17 I EuGVÜ .....	286
2. Prorogationsbeschränkung durch Haager resp. Visby-Regeln als Fall des Art. 57 EuGVÜ .....	288
3. Konsequenzen der Durchsetzung der Haager resp. Visby-Regeln über Art. 57 EuGVÜ für das deutsche Recht .....	290
a. Keine Prorogationsbeschränkung aufgrund rein nationalen Rechts ohne völkerrechtliche Ratifikation der Haager oder Visby-Regeln .....	290



aa. Striktes Erfordernis der völkerrechtlichen Ratifikation .....	290
bb. Einfluß des Art. 17 EuGVÜ auf die ordre public-Wertigkeit .....	290
b. Prorogationsbeschränkung nur aufgrund des Art. 6 II EGHGB, nicht des Art. 6 I EGHGB .....	291
VII. Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen im autonomen deutschen Recht .....	292
1. Form und prozessuale Wirkungen .....	292
2. Zustandekommen der Gerichtsstandsvereinbarung .....	292
3. Anwendung des § 38 I ZPO oder des § 38 II ZPO? .....	294
a. Entstehungsgeschichte und gesetzgeberischer Plan des § 38 II ZPO .....	294
b. Vermeidung von Wertungswidersprüchen mit Art. 17 I EuGVÜ .....	295
c. Wortlaut des § 38 II ZPO („ferner“) .....	295
4. Anwendung des § 38 II ZPO auf Gerichtsstandsklauseln in Konnossementen anhand der zu Art. 17 I 2 EuGVÜ 1968 entwickelten Maßstäbe .....	296
5. Prorogationsbeschränkung durch Art. 6 EGHGB .....	297
VIII. Zusammenfassung .....	299
§ 12 Anlehnung des Art. 6 I EGHGB an Art. 10 I VR .....	300
I. Allgemeines .....	300
II. Rechtsnatur des Art. 6 EGHGB .....	301
1. Rechtsnatur des Art. 10 I VR .....	301
a. Internationalprivatrechtliche Funktion .....	302
aa. Internationale Abgrenzung des Einheitsrechts gegenüber Nichtmitgliedstaaten .....	302
bb. Kollisionsrechtliche Auswahlentscheidung zu Gunsten der Einheitsrechtsversion der lex fori .....	302
cc. Allgemeine Vorschaltfunktion des Kollisionsrechts ..	303
b. Intern-sachrechtliche Abgrenzungsfunktion .....	303
c. Rangkollisionsrechtliche Funktionen innerhalb des Sachrechts und des IPR .....	304
2. Ableitung der Rechtsnatur des Art. 6 EGHGB aus der Rechtsnatur des Art. 10 I VR .....	304
3. Kollisionsrechtliche Komponente des Art. 6 EGHGB .....	305
a. Keine echte Sachnormqualität des Art. 6 EGHGB mangels eigener Sachentscheidung .....	305
b. Umfassender Wortlaut ohne Rücksicht auf das Konnossementsstatut .....	306
c. Positive Formulierung des Art. 6 EGHGB .....	306

d. Kollisionsrechtliche Komponente autolimitierter Sachnormen .....	307
III. Kollisionsrechtliche Vorschaltlösung für Art. 6 EGHGB? .....	307
1. Kollisionsrechtliche Vorschaltlösung in der Tradition des Art. 2 DVOzSFrG? .....	307
a. Keine kollisionsrechtliche Vorschaltlösung für die Haager Regeln allgemein .....	308
b. Gruppen von Anwendungsnormen nationaler HR-Gesetze .....	309
c. <i>Vita Food</i> -Lücke und Prinzipien des Internationalen Einheitsrechts .....	310
d. Kollisionsrechtliche Vorschaltlösung für Art. 2 DVOzSFrG? .....	311
e. Keine kollisionsrechtliche Enthaltbarkeit der Visby-Regeln .....	313
f. Schluß aus der ausdrücklichen Aufhebung des Art. 2 DVOzSFrG .....	314
2. Einzelnormbezogene Rechtsfolge des Art. 6 EGHGB und Kollisionsnormqualität .....	314
3. Ergebnis .....	315
IV. Spezielle ordre public-Klausel .....	315
1. Anwendungsnormen der internationalen Transportrechtsübereinkommen als spezielle ordre public-Klauseln .....	315
2. Übernahme der entsprechenden Anwendungstechnik in Art. 6 EGHGB .....	316
3. Abschließende gesetzliche Festlegung der Voraussetzungen des Eingreifens .....	316
4. Ergebnis .....	317
V. Verhältnis des Art. 6 EGHGB zum EVÜ .....	317
1. Abgrenzung durch Artt. 37 Nr. 1 Var. 3 EGBGB; 1 II lit. c EVÜ .....	317
2. Fehlende Eingriffsnormenqualität des Art. 6 EGHGB .....	317
a. Keine Durchsetzung überindividueller, schuldverhältnisfremder Interessen .....	317
b. Bericht <i>Giuliano/Lagarde</i> und die „ <i>Alnati</i> “-Entscheidung des Hoge Raad .....	318
aa. Keine Übertragbarkeit eines Bilateralisierungsansatzes bei „multilateralen“ Anknüpfungspunkte einer einseitigen Kollisionsnorm .....	319
bb. Besondere Natur des staatlichen Durchsetzungsinteresses beim zwingenden Konnossementsrecht durch einheitsrechtlichen Ursprung .....	319
3. Ergebnis .....	320

§ 13 Anwendungssystem des Art. 10 I VR	321
I. Internationalität der Beförderung	321
II. Ausstellungsort des Konnossements (Art. 10 I lit. a VR)	322
1. Unterzeichnungsort oder Erstbegebungsort als Herstellungsort?	323
a. „créé“ im französischen Original des Art. 10 HR	323
b. Faktische Nähe des Konnossements zu einseitiger Willenserklärung des Verfrachters (Character als contract of adhesion)	324
c. „issued“ im englischen Wortlaut des Art. 10 I lit. a VR	324
2. Festlegung des Unterzeichnungsorts	324
a. Faktischer Unterzeichnungsort, nicht angegebener Ausstellungsort	324
b. Bedeutung des angegebenen Ausstellungsortes für die Bestimmung des tatsächlichen Unterzeichnungsortes	325
c. Kein Schutz des guten Glaubens auf der Ebene der Anwendungsnormen des Internationalen Einheitsrechts	326
d. Bestimmung des Ausstellungsortes bei Fehlen einer Angabe im Konnossement	327
III. Ausgangshafen (Art. 10 I lit. b VR)	327
1. Praktische Relevanz des Art. 10 I lit. b VR neben Art. 10 I lit. a VR	327
2. Abstellen auf den tatsächlichen Ausgangshafen	328
a. Grundsatz	328
b. Einpassung in das Anwendungssystem der internationalen Transportrechtskonventionen	329
IV. Faktum der bestimmten Ausübung von Parteiautonomie (Art. 10 I lit. c VR)	331
1. Faktum der bestimmten Ausübung von Parteiautonomie als (objektiver) Anknüpfungspunkt	331
a. Parteiautonomie und einseitige Anwendungsnormen des Internationalen Einheitsrechts	332
aa. Besonderheit der Anknüpfung an das Faktum der bestimmten Ausübung von Parteiautonomie in einer Anwendungsnorm	332
bb. (Mögliche) Differenz zwischen Parteiwillen und Rechtsfolge der Anwendungsnorm	332
cc. Kollisionsrechtlicher Ansatz zur Rechtfertigung der gewählten Anknüpfungstechnik	333
dd. Vermeidung von Rechtsfolgedifferenzen mit Art. 10 I lit. a, b VR	334
b. Art. 10 I lit. c VR und die Interessen der privaten Parteien	334

c. Vermeidung von Konflikten mit den Interessen der Parteien durch geeignete Prorogation .....	335
2. Übersicht über die Problemstellungen .....	337
3. Art. 10 I lit. c Var. 2 VR und die Wahl einer den Visby Rules im wesentlichen entsprechenden Gesetzgebung eines Nichtmitgliedstaats der Visby Rules .....	337
a. Systematisches Argument aus Vergleich mit Art. 10 I litt. a, b VR .....	337
b. Zweite Untervariante im französischen Wortlaut des Art. 10 I lit. c Var. 2 VR .....	338
c. Sachliche Kriterien für die Bestimmung der in Betracht kommenden Staaten .....	338
4. Allgemeine Rechtswahlklausel als hinreichend bestimmte Ausübung von Parteiautonomie ? .....	339
a. Stillschweigende Rechtswahl und Art. 10 I lit. c Var. 2 VR .....	339
b. Beachtung der sachrechtlichen Abgrenzungsfunktion ...	340
aa. Keine umfassende Geltung des VR-Rechts innerhalb einer Rechtsordnung .....	341
bb. Anwendungsnormen des Internationalen Einheitsrechts und renvoi-Ausschluß .....	342
(1) Einseitige Kollisionsnormen und renvoi-Ausschluß .....	342
(2) Doppelfunktion der Anwendungsnormen des Internationalen Einheitsrechts .....	343
c. Begründung aus dem Willen der Parteien heraus? .....	344
d. Argumente aus dem französischen und englischen Wortlaut des Art. 10 I lit. c Var. 2 VR .....	345
aa. „législation“ resp. „legislation“, nicht „loi“ resp. „law“ .....	345
bb. Partizipialkonstruktion mit Bezug auf „législation“ resp. „legislation“ .....	345
cc. Verwendung des Grundbegriffs „dispositions“ resp. „rules“ .....	346
e. Vergleich mit Art. 10 I lit. c Var. 1 VR .....	346
f. Ergebnis .....	346
5. Art. 10 I lit. c VR und Paramount Clauses .....	347
a. Eindeutige Paramount Clauses zu Gunsten der Visby-Regeln am Beispiel der Cl.3 Visconbill .....	347
b. Paramount Clauses des enactment-Typs zu Gunsten der Haager Regeln .....	348
aa. Fehlen von die VR einbeziehenden Zusätzen .....	349
bb. Nationale VR-Gesetzgebung als „enactment“ der HR? .....	350

cc. Ergebnis	351
c. Paramount Clauses des hier sog. reinen compulsory applicability-Typs	351
aa. Problem des Bestandteils „compulsorily applicable“	352
bb. Übernahme einer unter den Haager Regeln entwickelten Technik ohne besondere Überprüfung auf ihre Kompatibilität mit den Visby-Regeln und der prima facie daraus resultierende Zirkel	352
cc. Lösung entsprechend renvoi-Grundsätzen analog Art. 4 I 2 EGBGB?	354
dd. Argument aus der Gleichwertigkeit von Art. 10 I lit. c Var. 2 und Var. 1 VR ?	354
ee. Vergleich mit den Paramount Clauses des enactment-Typs	355
ff. Ungezielte Paramount Clauses	356
gg. Verständnis des Tankerverkehrs	356
hh. Kombinierte HR- und VR-Paramount Clauses	357
6. Wahl nur von Teilen der Visby-Regeln	358
a. Wortlautargument aus dem Fehlen eines Zusatzes „in toto“	359
b. Visby-Regeln als aufeinander abgestimmtes Ganzes	359
c. Problematik der Grenzziehung im Einzelfall	360
d. Systematisches Argument aus Art. 10 I lit. c Var. 2 VR	360
e. Konstruktionsbedingte Möglichkeit der Divergenz der von den Parteien gewollten und der statutarischen Rechtsfolgen	361
V. Zusammenfassung	362
VI. Exkurs: Fortbestehen der völkerrechtlichen Bindung des Beitrittsgebietes durch die Visby-Regeln	362
1. Art. 12 Einigungsvertrag und das Fortgelten völkervertraglicher Bindungen der DDR	363
a. Kein Erlöschen gemäß Art. 12 I Einigungsvertrag und den Materialien	363
b. Res inter alios acta aliis nec prodest nec nocet	363
c. Innerstaatliche Rechtsklarheit und Rechtssicherheit	364
d. Argumentation aus Art. 12 III Einigungsvertrag	364
2. Fortgelten völkervertraglicher Bindungen eines inkorporierten Staates im Völkerrecht	365
a. Keine Anwendbarkeit der Grundsätze des Art. 31 II der Wiener Konvention über die Staatensukzession in völkerrechtliche Verträge von 1978	365
b. Staatenpraxis in Fällen der Inkorporation	366
c. Grundsatz des Schutzes des Vertrauens der Vertragspartner	366

d. Keine desuetudo multilateraler Verträge durch Nichtanwendung seitens einzelner Vertragspartner . . . . .	367
e. Suspension fortbestehender völkervertraglicher Verpflichtungen? . . . . .	367
3. Beitritt der neuen Bundesländer und nicht der DDR als solcher . . . . .	368
4. Fehlen eines Zustimmungsgesetzes? . . . . .	369
5. Ergebnis . . . . .	369
§ 14 Besonderheiten des Art. 6 I EGHGB gegenüber Art. 10 I VR . . . . .	371
I. Grundsätzliches . . . . .	371
II. Erfassung des einkommenden Verkehrs von Mitgliedstaaten der Visby-Regeln oder der Bundesrepublik . . . . .	372
III. Wahrung der völkerrechtlichen Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland aus den Haager Regeln (Art. 6 II EGHGB) . . . . .	372
1. Sachlicher Umfang des Reservatbereiches der Haager Regeln . . . . .	373
2. Erfordernis des Bestimmungshafens in einem Mitgliedstaat der Haager Regeln . . . . .	374
3. Art. 6 II 1 EGHGB und die Doppelmitgliedschaft von Staaten sowohl in den Haager als auch in den Visby-Regeln . . . . .	375
a. Gegenschluß aus dem Gesetzeswortlaut? . . . . .	376
b. Argumentation aus Art. 6 II 1 Hs. 2 EGHGB und die besondere Rolle des Art. 5 S. 1 HR . . . . .	376
c. Beachtung völkerrechtlicher Bindungen aufgrund HR-Mitgliedschaft durch Art. 6 II Visby-Protokoll . . . . .	377
d. Art. 30 IV Wiener Vertragsrechtskonvention . . . . .	378
e. Völkerrechtskonforme Auslegung und Zweck des Art. 6 II EGHGB . . . . .	379
4. Erstreckung des Vorbehalts aus Art. 6 I 2 Hs. 2 EGHGB auf Art. 6 I 1 Nr. 1 EGHGB . . . . .	379
5. Art. 6 II 1 EGHGB als nationale Kollisionsnorm der Haager Regeln . . . . .	380
a. Erweiterung des internationalen Anwendungsbereichs des (modifizierten) deutschen zwingenden Konnossementsrechts über Art. 6 I EGHGB hinaus . . . . .	380
b. Irrelevanz von Paramount Clauses zu Gunsten der Haager Regeln als Anknüpfungsmoment im Rahmen des Art. 6 II 1 EGHGB . . . . .	380
IV. Weitgehende anknüpfungstechnische Gleichstellung der Bundesrepublik mit Mitgliedstaaten der Visby-Regeln . . . . .	381
1. Notwendigkeit einer ausdrücklichen Gleichstellung . . . . .	381
2. Gleichstellung hinsichtlich des einkommenden und des ausgehenden Verkehrs . . . . .	381

3. Keine Gleichstellung in Art. 6 I 1 Nr. 1 EGHGB	381
V. Innerdeutsche Kabotage	383
1. Grundsatz	383
a. Kabotage und Art. 6 I 1 EGHGB	383
b. Kabotage und Art. 6 I 2 Hs. 1 iVm Art. 6 II 1 Hs. 1; S. 2 EGHGB	383
c. Ablehnung von Einwendungen	384
2. Rechtspolitische Kritik der in Art. 6 II 2 EGHGB angelegten Differenzierung	385
a. Haftungsrechtliche Schlechterbehandlung der Kabotage mit deutschen Schiffen gegenüber jener mit Schiffen aus anderen EG-Mitgliedstaaten	385
b. Mangelnde Veranlassung der gesetzlichen Differenzierung durch die Haager Regeln	387
VI. Wahl deutschen Rechts?	387
VII. Tabellarische Zusammenstellung der Anwendungsfälle des Art. 6 EGHGB	388

### **Teil III: IPR der Personenbeförderungsverträge**

§ 15 IPR der Personenbeförderungsverträge	392
I. Überblick über die gesetzlichen Anknüpfungsregeln	392
II. Ausschluß des kollisionsrechtlichen Verbraucherschutzes nach Art. 29 I, II EGBGB durch Art. 29 IV 1 Nr. 1 EGBGB	393
1. Ratio der Artt. 5 IV lit. a EVÜ; 29 IV 1 Nr. 1 EGBGB	393
a. Bedürfnis des einzelnen carriers nach einheitlicher Anknüpfung von Personenbeförderungsverträgen als Massenverträgen	394
b. Regulierung von Personenbeförderungsverträgen durch Internationales Einheitsrecht	394
c. Modell eines transnationalen Vertragsabschlußmarktes	395
aa. Maßgeblichkeit des Vertragsabschlußmarktes für Artt. 5 II EVÜ; 29 I EGBGB	395
bb. Transnationaler Markt für grenzüberschreitende Beförderungsleistungen	397
2. Ratio der Rückausnahme der Artt. 5 V EVÜ; 29 IV 2 EGBGB	397
a. Bisherige Erklärungsansätze	397
b. Differenzierung nach Intensität der Nahebeziehung zum Heimatland des Verbrauchers ?	398
c. Vertragsabschlußmarkt im Heimatland des Verbrauchers als Erklärungsbasis im Rahmen eines Marktmodells	398

3. Umfang der Rückausnahme der Artt. 5 V EVÜ; 29 IV 2 EGBGB .....	400
a. Autonome Begriffsbestimmung ohne Rückgriff auf § 651a BGB .....	400
b. Kriterium des funktionellen Eigenwerts der einzelnen Teilleistung .....	400
aa. Grundsatz .....	400
bb. Behandlung von Fährverträgen und Ausflugschiff-fahrten .....	401
cc. Behandlung von Kreuzfahrten .....	402
dd. Abgrenzungsproblemfälle .....	402
c. Katalog von Fragen eines Tests zur Abgrenzung von Be-förderungs- und Reiseverträgen .....	402
III. Anknüpfung reiner Personenbeförderungsverträge .....	403
1. Rechtswahl nach Art. 27 I EGBGB .....	403
2. Objektive Anknüpfung .....	404
a. Grundsatz .....	404
b. Ausnahmeanknüpfung über Art. 28 V EGBGB .....	404
aa. Systematische Wertung aus Art. 29 IV 1 Nr. 1 EGBGB .....	404
bb. Kongruenz von Abschlußort und gewöhnlichem Aufenthalt des Verbraucher-Passagiers .....	405
IV. Besonderes Verbraucherschutzkollisionsrecht der Art. 29 I, II EGBGB für Pauschalreisen, insbesondere Kreuzfahrten .....	405
1. Verbrauchervertrag .....	405
2. Art. 29 I Nrn. 1 und 2 EGBGB .....	406
a. Aktive Absatztätigkeit (Art. 29 I Nr. 1 EGBGB) .....	406
b. Entgegennahme von Bestellungen (Art. 29 I Nr. 2 EGBGB) .....	407
3. Einschränkung der Rechtswahl durch Günstigkeitsver-gleich .....	408
4. Objektive Anknüpfung an den gewöhnlichen Aufenthalt des Verbrauchers .....	409
5. Spezielle Anknüpfung der Form des Vertrages nach Art. 29 III EGBGB .....	410
6. Anknüpfung bei tatbestandlicher Nichterfüllung der Art. 29 I Nrn. 1, 2 EGBGB .....	410
V. Kollisionsrechtlicher Verbraucherschutz durch § 12 AGBG? ...	411
1. Abschließende Regelung und Sperrwirkung des Art. 5 EVÜ .....	412
2. Bewußte Entscheidung gegen einen kollisionsrechtlichen Verbraucherschutz in Art. 5 IV EVÜ .....	412
3. Unzulässige partielle Außerkraftsetzung des Art. 4 EVÜ ....	412



4. Verstoß gegen den Grundsatz der freien Rechtswahl als Grundprinzip des EVÜ .....	412
5. Schluß aus der wertungsmäßigen Übereinstimmung zwischen § 12 AGBG und Art. 5 I EVÜ .....	413
6. Schlußfolgerung .....	413
VI. Zusammenfassung .....	414
§ 16 Sonderanknüpfung deutschen Seepersonenbeförderungsrechts .....	415
I. Keine Sonderanknüpfung der bundesdeutschen Umsetzung des AÜ in der Anlage zu § 664 HGB .....	415
1. Fehlende Übernahme der Anwendungsnorm des AÜ .....	416
2. Keine Sonderanknüpfung über Art. 34 EGBGB .....	416
II. Bedeutung der Ratifikation des AÜ durch die DDR .....	417
1. Fortbestehen der völkerrechtlichen Bindung des Beitrittsgebiets durch das AÜ .....	417
2. Internationaler Anwendungsbereich des AÜ .....	418
a. Internationaler Anwendungsbereich nach Art. 2 I AÜ im allgemeinen .....	418
aa. Internationalität der vereinbarten Beförderung (Art. 1 IX AÜ) .....	418
bb. Zusätzliche, alternative Anknüpfungspunkte mit Bezug zu Vertragsstaaten .....	418
b. Bedeutung des von der DDR erklärten Vorbehalts .....	419
aa. Zulässigkeit des Vorbehalts .....	419
bb. Wirkung und Fortbestehen des Vorbehalts .....	420
III. Zusammenfassung .....	420

#### **Teil IV: IPR der spezifisch schiffsbezogenen Vertragstypen**

§ 17 Schiffbauverträge .....	422
I. Rechtswahl nach Art. 27 I EGBGB .....	422
II. Objektive Anknüpfung .....	423
1. Normalfall: Recht des Sitzes der Werft .....	423
2. Problemkonstellationen mit verschiedenen Werften für einzelne Bauabschnitte .....	424
a. Sukzessive Bauverträge mit zwei verschiedenen Werften ..	424
b. Mehrere Werften desselben Unternehmens .....	424
c. Unterverträge des Schiffbauunternehmers mit anderen Werften .....	425
d. Schiffbauunternehmer als Generalunternehmer .....	425
e. Mehrere Werftunternehmen in einem Konsortium .....	425
III. Zusammenfassung .....	426

§ 18 Schiffsreparaturverträge .....	427
I. Regelanknüpfung .....	427
II. Mögliche Sonderfälle bei der objektiven Anknüpfung .....	428
1. Entsendung von Werftpersonal zur lokalen Vornahme von Reparaturen .....	428
a. Ausgrenzung von lokalen Reparaturen als Garantieleistungen der Bauwerft .....	428
b. Unterstützung einer lokalen Werft durch Personal eines anderen Unternehmens .....	429
aa. Entsendung im Rahmen eines längerfristigen Wartungsvertrages zwischen Schiffsbetreiber und entsendendem Unternehmen .....	429
bb. Entsendung auf Grund eines Vertrages zwischen lokaler Werft und entsendendem Unternehmen .....	429
cc. Entsendung auf Grund eines besonderen Vertrages zwischen entsendendem Unternehmen und Schiffsbetreiber .....	429
2. Entsendung von Werftpersonal zur Vornahme kleinerer Reparaturen während der Fahrt .....	430
3. Einsatz eines mobilen Werkstattschiffes .....	430
III. Zusammenfassung .....	431
§ 19 Kauf von second hand-Schiffen und Schiffsleasing .....	432
I. Rechtswahl bei Verträgen über den Kauf von second hand-Schiffen .....	432
II. Objektive Anknüpfung .....	433
1. Grundsatz .....	433
2. Vermeintliche Kritikpunkte .....	433
3. Ausnahmeklausel des Art. 28 V EGBGB und Anknüpfung an das Register .....	434
a. Parallele zu Art. 28 III EGBGB in Fällen ohne Umregistrierung .....	435
b. Keine Parallele zu Art. 28 III EGBGB in Umregistrierungsfällen .....	435
c. Konventionsvergleichung mit den beiden Haager Abkommen über das auf internationale Kaufverträge anwendbare Recht von 1955 und 1986 .....	436
aa. Schiffskaufverträge und die beiden Haager Abkommen über das auf internationale Kaufverträge anwendbare Recht von 1955 und 1986 .....	436
bb. Mögliche Rückschlüsse auf die Anknüpfung unter dem EVÜ? .....	437
III. Hire Purchase Agreements (Schiffsleasing) .....	439
1. Typus und Konstruktion .....	439

2. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	440
a. Rechtswahl	440
b. Objektive Anknüpfung	440
IV. Zusammenfassung	440
§ 20 Schleppverträge	442
I. Rechtswahl	442
II. Objektive Anknüpfung	443
§ 21 Bergungsverträge	444
I. Rechtswahl	444
II. Objektive Anknüpfung	445
1. Grundsatz: Anknüpfung über Art. 28 II 2 EGBGB	445
2. Mögliche Besonderheiten bei mehreren bergenden Schiffen	445
a. Keine Besonderheiten bei gesonderten Bergungsverträgen mit jedem der Berger	445
b. Bildung einer ad hoc-Gesellschaft	445
c. Anknüpfung über Art. 28 I EGBGB	446
3. Ausnahmefälle im Rahmen des Art. 28 V EGBGB	446
III. Vorrang internationaler Konventionen	447
1. Anwendungsbereich des Internationalen Übereinkommens von 1910 (Art. 15 IÜS)	447
a. Grundsatz (Art. 15 I IÜS)	448
b. Ausnahmen (Art. 15 II IÜS)	448
2. International Convention on Salvage, 1989	448

## **Teil V: IPR der Schiffsmanagement- und Schiffsagentenverträge**

§ 22 Schiffsmanagementverträge	451
I. Erscheinungsformen von Schiffsmanagementverträgen	451
II. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	451
1. Rechtswahl	451
2. Objektive Anknüpfung	452
§ 23 Schiffsagentenverträge	453
I. Funktionen und Aufgaben des Schiffsagenten	453
II. Kollisionsrechtliche Anknüpfung	453
1. Rechtswahl	453
2. Objektive Anknüpfung	454

**Teil VI: Internationales Seearbeitsrecht**

§ 24 Internationales Seearbeitsrecht des Art. 30 EGBGB .....	459
I. Geltung des Art. 30 EGBGB für Seearbeitsverträge .....	459
1. Systematische Struktur des Art. 30 II EGBGB .....	459
a. Logisch geschlossenes umfassendes System der Art. 30 II Nr. 1 und 2 EGBGB .....	459
b. Unterfälle des Art. 30 II Nr. 2 EGBGB .....	461
c. Ausnahmeklausel des Art. 30 II Hs. 2 EGBGB .....	462
aa. Echtes Regel-Ausnahme-Verhältnis .....	462
bb. Erfordernis der Kumulation mehrerer gleichgerich- teter gewichtiger Umstände .....	463
c. Konsequenz für Seearbeitsverträge .....	464
d. Fehlen einer speziellen Bereichsausnahme für Seearbeits- verträge .....	465
2. Historische Analyse ( <i>Giuliano/Lagarde</i> -Bericht) .....	465
II. Subsumtion von Seearbeitsverträgen unter Art. 30 II EGBGB ..	466
1. Meinungsstand .....	466
a. Flaggenanknüpfung als Unterfall des Art. 30 II Nr. 1 EGBGB .....	466
b. Anknüpfung gemäß Art. 30 II Nr. 2 EGBGB ohne Rele- vanz der Flagge als Anknüpfungspunkt .....	467
c. Seearbeitsverträge als Fallgruppe im Bereich des Art. 30 II Hs. 2 EGBGB .....	468
aa. Darstellung der vertretenen Auffassungen .....	468
(1) Offene Abwägung ohne systematische Einord- nung .....	468
(2) Flagge als Hauptanknüpfung im Rahmen der Gesamtheit der Umstände .....	469
(3) Subsystem im Rahmen des Art. 30 II Hs. 2 EGBGB als dritter Alternative .....	469
bb. Prinzipienbezogene Kritik .....	470
d. Zwischenergebnis .....	470
2. Völkerrechtliche Zuordnung von Schiffen zu einem einzi- gen Staat .....	470
a. Rechtliche Natur der Flaggenhoheit .....	472
aa. Flaggenhoheit als Territorialhoheit? .....	472
(1) Fehlen wesentlicher Elemente der Territorialho- heit bei Schiffen .....	473
(2) Gefahr unlösbarer Jurisdiktionskonkurrenzen ...	474
(3) Zugriffsrechte auf ausländische Schiffe im Fall bewaffneter Konflikte .....	474
(4) Ablehnung in der Staatenpraxis .....	474
bb. Flaggenhoheit als Personalhoheit? .....	475

(1) Mittelbarer Rückbezug auf die Eigentümer? . . . .	475
(2) Schiff als juristische Person ( <i>sui generis</i> )? . . . . .	475
cc. Flaggenhoheit als eigenständige Hoheitsform . . . . .	477
b. Völkerrechtliche Voraussetzungen der Anerkennung der Flaggenhoheit eines bestimmten Staates . . . . .	478
aa. Effektive Sanktionierung des genuine link-Prinzips durch das Hohe See-Übk.? . . . .	478
(1) Entstehungsgeschichte des Art. 5 I 3 Hohe See- Übk. . . . .	479
(2) Fehlen ausdrücklicher Sanktionsregeln im Hohe See-Übk. . . . .	479
bb. Sanktion der Nichtanerkennung der Flaggenhoheit bei fehlendem genuine link? . . . . .	480
(1) Art. 5 I 3 Hohe See-Übk. als der Bildung eines Völkergewohnheitsrechts entgegenstehende Rechtsnorm . . . . .	480
(2) Probleme der Definition eines effektiven genui- ne link . . . . .	480
c. Ergebnis . . . . .	481
3. Zuordnung von Schiffen zum Flaggenstaat im Sinne von Art. 30 II Nr. 1 EGBGB . . . . .	481
a. Abgrenzungskriterium des Art. 30 II Nr. 1 EGBGB („in ein und demselben Staat“) . . . . .	481
aa. Unterworfenheit eines lokalisierbaren Ortes unter die Hoheitsgewalt ( <i>jurisdiction</i> ) eines Staates . . . . .	482
bb. Schluß aus der Genese des Art. 30 II EGBGB . . . . .	482
cc. Übereinstimmung von Territorial- und Flaggenho- heit in der Bezogenheit auf Orte . . . . .	483
dd. Völkerrechtlicher Bezug der Flaggenhoheit zu Ar- beitsbedingungen . . . . .	483
b. Stetigkeits- und Kontinuitätsmoment . . . . .	484
c. Teleologische Übereinstimmung zwischen Flaggen- und Arbeitsortanknüpfung . . . . .	484
d. Aspekte der einheitlichen Auslegung des EVÜ . . . . .	485
aa. Rechtsvergleichendes Indiz übereinstimmender Alt- rechtslagen in den Mitgliedstaaten des EVÜ . . . . .	485
bb. Verhältnis zwischen Art. 6 EVÜ und vorangegan- genen Entwürfen für EWG-Verordnungen . . . . .	486
4. Verteidigung der Flaggenanknüpfung gegen angebliche Kri- tikpunkte . . . . .	487
a. Gleichstellung von Flaggen- und Territorialhoheit in Art. 30 II Nr. 1 EGBGB als unzulässige Analogie? . . . . .	487
b. Irrelevanz von Beziehungen zum Heimathafen und von Hafenaufenthalten . . . . .	488

aa. Irrelevanz von Beziehungen zum Heimathafen . . . . .	488
bb. Irrelevanz der Aufenthalte in den angelaufenen Häfen . . . . .	488
(1) Erfüllung der spezifischen Arbeitsleistung an Bord des Schiffes oder zumindest schiffsbezogen . . . . .	488
(2) Anwendung des Entsendungsgedankens des Art. 30 II Nr. 1 aE EGBGB . . . . .	489
(3) Faktische Irrelevanz der Hafenaufenthalte für das Arbeitsverhältnis . . . . .	489
c. Flaggenanknüpfung und Gefahr des Statutenwechsels . . . . .	490
d. Vergleich der Flaggenanknüpfung mit der Anknüpfung der Arbeitsverhältnisse von Flugpersonal . . . . .	491
e. Flaggenanknüpfung und angebliche Rechtsunsicherheit wegen Einzelfallkontrolle . . . . .	493
f. Flaggenanknüpfung und Gesetzesumgehung . . . . .	493
aa. Ausschluß des Rückgriffs auf die <i>fraus legis</i> durch Art. 30 II Hs. 2 EGBGB . . . . .	493
bb. Ungeeignete Rechtsfolge der <i>fraus legis</i> . . . . .	493
cc. Fehlende innere Berechtigung des Einsatzes der <i>fraus legis</i> . . . . .	494
g. Ergebnis . . . . .	494
5. Fallgruppen der Anknüpfung von Seearbeitsverträgen nach Art. 30 II Nr. 2 EGBGB . . . . .	495
a. Wechseldienst auf Schiffen unter verschiedenen Flaggen . . . . .	495
b. Beschäftigung auf Schiffen unter verschiedenen Flaggen im Rahmen mehrerer sukzessiver Arbeitnehmerüberlassungen . . . . .	495
aa. Anknüpfung des eigentlichen Arbeitsvertrages . . . . .	495
bb. Exkurs: Anknüpfung von Arbeitnehmerüberlassungsverträgen . . . . .	496
c. Festlegung der „einstellenden Niederlassung“ . . . . .	496
aa. Keine Gleichsetzung der einstellenden Niederlassung mit dem effektiven Verwaltungssitz des Arbeitgebers . . . . .	496
(1) Gesetzliche Differenzierung zwischen Hauptverwaltung und Niederlassung in Art. 28 II 1, 2 EGBGB . . . . .	497
(2) Französischer Wortlaut des Art. 6 II lit. b EVÜ („établissement“) . . . . .	497
(3) Niederlassung als eigenständige, dezentrale Organisationseinheit . . . . .	497
bb. Charakteristika der „einstellenden Niederlassung“ . . . . .	498
6. Bedeutung der Ausnahmeklausel des Art. 30 II Hs. 2 EGBGB für Seearbeitsverträge . . . . .	500

a. Korrekturfunktion der Ausnahmeklausel .....	500
b. Beispielfälle .....	500
c. Mögliche Anknüpfungspunkte im Rahmen der Ausnah- meanknüpfung .....	501
III. Zulässigkeit einer Rechtswahl im Internationalen Seearbeits- recht .....	502
IV. Bedeutung des § 1 SeemG .....	504
1. Keine internationalprivatrechtliche Funktion des § 1 SeemG seit 1986 .....	504
a. Vollständige Ersetzung des Altkollisionsrechts durch das EVÜ .....	505
aa. Gegenschluß aus Art. 32 EVÜ und dem Protokoll zum EVÜ .....	505
bb. Gegenschluß aus Art. 23 EVÜ .....	506
b. Folge des Gebots einheitlicher Auslegung .....	506
2. Verbliebene Funktionen des § 1 SeemG .....	507
a. Sonderanknüpfung von Eingriffsnormen des Seemanns- gesetzes .....	507
aa. Sonderanknüpfung der überindividuellen öffentli- chen Interessen dienenden Teile des Seemannsgeset- zes entsprechend Art. 34 EGBGB .....	507
bb. Kein Vorrang des Art. 30 EGBGB vor Art. 34 EGBGB .....	508
b. Qualifikationsnorm .....	509
c. Internrechtliche Abgrenzungsnorm .....	509
V. Zusammenfassung .....	510
§ 25 Bedeutung und Einordnung des § 21 IV 1 FlaggRG .....	511
I. Politisches und rechtspolitisches Umfeld des § 21 IV 1 FlaggRG .....	511
1. Internationales Seeschiffsregister (ISR) .....	511
2. Gesetzgebungstechnische Kritik des § 21 IV 1 FlaggRG ....	512
a. Generelle Fragwürdigkeit einer negativen einseitigen Kollisionsnorm im autonomen IPR .....	512
b. Standort im falschen Gesetz .....	512
c. Keine Auslegung einer allseitigen durch eine einseitige Kollisionsnorm .....	513
3. Politisches Umfeld der ISR-Gesetzgebung .....	513
4. Keine Rechtfertigung durch eine allgemeine Regel des Völkerrechts .....	514
II. Aussage des § 21 IV 1 FlaggRG .....	514
1. Ausgrenzungen .....	516
2. Besondere Gewährung von Parteiautonomie? .....	516
3. Grammatikalische Auslegung .....	517

a. Keine generelle Abhängigkeit der Anwendung des deutschen Rechts von einer Wahl deutschen Rechts . . . . .	517
b. Mehrdeutigkeit der Wortgruppe „nicht schon“ . . . . .	518
4. Systematische Auslegung . . . . .	518
5. Teleologische Auslegung . . . . .	520
III. Verhältnis des § 21 IV 1 FlaggRG zum EVÜ . . . . .	524
1. Rechtfertigung durch Artt. 7 II EVÜ; 34 EGBGB? . . . . .	524
2. § 21 IV 1 FlaggRG und Art. 23 EVÜ . . . . .	525
IV. Wirksamkeit des ISR als schiffahrtspolitische Maßnahme . . . . .	525

### **Teil VII: Internationales Seeversicherungsrecht**

§ 26 Internationales Seeversicherungsrecht . . . . .	530
I. Einleitung . . . . .	530
II. Rechtsquellen des deutschen Internationalen Versicherungsvertragsrechts . . . . .	531
III. Belegenheit des Risikos bei der Schiffs- und Gütertransportversicherung . . . . .	533
1. (Entsprechende) Anwendung des Art. 7 II EGVVG zur Bestimmung der Belegenheit des Risikos . . . . .	533
2. Belegenheit des Risikos bei der Schiffs(kasko)versicherung . . . . .	535
a. „Unterscheidungskennzeichen“ und „Zulassung“ bei Schiffen? . . . . .	536
b. Richtlinienkonforme Auslegung des Art. 7 II Nr. 2 EGVVG . . . . .	537
c. Problemfall der Doppelregistrierung . . . . .	539
3. Belegenheit des Risikos bei der Gütertransportversicherung . . . . .	540
4. Risikobelegenheit bei der Versicherung von Haftpflichtrisiken (protection class und indemnity class der P & I Versicherung; charterers' liability insurance) . . . . .	541
a. Besondere Behandlung der Versicherungsverhältnisse im Rahmen von P & I Clubs wegen ihrer genossenschaftlichen Konstruktion? . . . . .	541
aa. Gesellschaftsrechtliche Qualifikation der P & I Clubs? . . . . .	541
bb. Gesamtsystem der 2. RiLi Schaden . . . . .	542
cc. Ausnahmetatbestand des Art. 3 I 1. RiLi Schaden? . . . . .	543
dd. Ausnahmetatbestand des Art. 2 Nr. 2 lit. c 1. RiLi Schaden? . . . . .	543
b. Risikobelegenheit am Sitz des Versicherungsnehmers . . . . .	543
5. Risikobelegenheit bei der Rechtsschutzversicherung (defence class der P & I Versicherung) . . . . .	545



IV. Anknüpfung von Schiffs- und Gütertransportversicherungen . .	545
1. Historischer Rückblick auf die deutsche Altrechtslage . . . . .	545
2. Rechtswahl . . . . .	547
a. Art. 10 I 1 iVm 2 Nr. 1 EGVVG . . . . .	547
b. Rückgriff auf Art. 10 III iVm Artt. 8; 9 I, II EGVVG . . .	548
c. Anwendung des Art. 10 III EGVVG bei Transportversi- cherungen . . . . .	549
d. Konflikt zwischen Art. 10 I 1 iVm 2 Nr. 1 EGVVG und Art. 7 I lit. f 2. RiLi Schaden . . . . .	550
aa. Freie Rechtswahl nach Art. 7 I lit. f 2. RiLi Scha- den . . . . .	550
bb. Bestätigung der freien Rechtswahl für Transportver- sicherungen aus der Entstehungsgeschichte des Art. 7 I lit. f 2. RiLi Schaden . . . . .	551
cc. Richtlinienwidrigkeit des Art. 10 I 1 iVm 2 Nr. 1 EGVVG . . . . .	552
e. Richtlinienkonforme Korrektur der deutschen Umset- zung . . . . .	553
aa. Ansatz der richtlinienkonformen Rechtsfortbil- dung, nicht der richtlinienkonformen Auslegung . . .	553
bb. Europarechtliche Vorgaben für die richtlinienkonfor- men Rechtsfortbildung . . . . .	555
(1) Unmittelbare Wirkung von Richtlinien und Ho- rizontalverhältnis . . . . .	557
(2) Normative Wirkung von Richtlinien bei fehler- hafter Umsetzung . . . . .	558
(3) Keine Sperrwirkung des nationalen Rechts bei perfekt regelungsintensiven Richtlinien . . . . .	559
(4) Wahrung gemeinschaftsrechtlicher begründeter Individualrechte . . . . .	560
cc. Gemeinschaftsrechtlich gewährte Parteiautonomie . .	561
f. Keine Korrektur durch die Umsetzung der 3. RiLi Scha- den . . . . .	563
3. Objektive Anknüpfung . . . . .	563
a. Differenzierung nach Konvergenz- und Divergenzfällen .	563
b. Konvergenzfälle: Art. 8 EGVVG . . . . .	564
aa. Grundsatz . . . . .	564
bb. Faktische Bedeutung für Gütertransport- und Schiffsversicherungen . . . . .	564
cc. Einfluß des Art. 9 III EGVVG auf die objektive An- knüpfung? . . . . .	565
c. Divergenzfälle: Art. 11 EGVVG . . . . .	566
aa. Kreis der zur Auswahl stehenden Rechtsordnungen .	566
bb. Anknüpfung nach der engsten Verbindung . . . . .	566

cc. Vermutung zu Gunsten des Rechts der Risikobele-	567
genheit .....	
V. Anknüpfung von Risiken der P & I Versicherung .....	567
1. Historischer Rückblick .....	567
2. Rechtswahl .....	568
a. Haftpflichtrisiken .....	568
b. Defence class .....	568
3. Objektive Anknüpfung .....	569
VI. Anknüpfung der charterers' liability insurance .....	570
VII. Anknüpfung für außerhalb des EWR belegene Risiken .....	570
VIII. Zusammenfassung .....	572

### **Teil VIII: Zusammenfassung und Schlußbetrachtung**

§ 27 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse .....	574
§ 28 Schlußbetrachtung .....	578
I. Sachgerechtigkeit der allgemeinen Kollisionsnormen des Inter-	
nationalen Schuldvertragsrechts .....	578
II. Regelmäßiges Fehlen besonderer seerechtlicher Anknüpfungs-	
interessen .....	579
Literaturverzeichnis .....	582
Sachregister .....	670